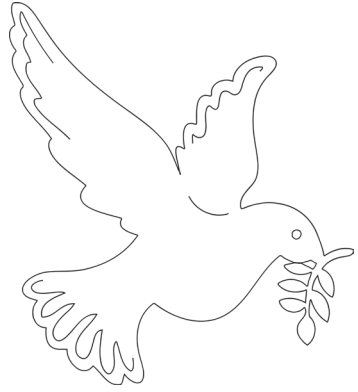




# Friedensperspektiven in einer globalisierten Welt

Positionspapier,  
Mai 2024

**%attac**



friedensperspektiven

**Attac Österreich**

Margaretenstraße 166  
1050 Wien

**Tel.** +43 (0)1 5440010

**Fax** +43 (0)1 5440059

**Web** [www.attac.at](http://www.attac.at)

**E-Mail** [infos@attac.at](mailto:infos@attac.at)

**%attac**

# Die Situation der Welt heute: Multiple Krisen, Wettlauf um Rohstoffe, Polarisierung und neue Blockkonfrontation

**Die multiplen Krisen des Kapitalismus haben uns fest im Griff: Klimakrise, Finanzkrise, zunehmende Ungleichheit, Umweltkrise, Biodiversitätskrise, Verknappung von Ressourcen u. a. m.**

Gleichzeitig nehmen die Verteilungskämpfe um Energie und Ressourcen zu, und mächtige Staaten kämpfen derzeit verstärkt auch militärisch um die geopolitische Vorherrschaft (Unipolarität versus Multipolarität). Dies alles wird begleitet von abnehmender Dialogfähigkeit und zunehmender Polarisierung, die durch manipulierende Medien und

Falschinformationen befeuert wird. Aufgrund der schwindenden Hegemonie der USA verschärft sich die Blockkonfrontation zwischen China und den USA. Es ist ein Wettlauf um die Führung im neuen hochgerüsteten und technologiegetriebenen, grün angestrichenen Kapitalismus entbrannt.

Alle Akteure konkurrieren um den Zugang zu Rohstoffen und Energie sowie um die Kontrolle der Lieferketten für Technologien der erneuerbaren Energien. China hat mit dem „Made in China“ Plan bereits 2015 ein ambitioniertes Programm zum Aufbau hochtechnologischer Produktionsanlagen vorgelegt, 2022 zieht die USA mit dem „Inflation Reduction Act“ nach. Die EU setzt mit neuen industriepolitischen Initiativen darauf, EU-Unternehmen durch verschiedene Subventionen und Investitions-offensiven wie die „Global Gateway Initiative“ eine dominierende Marktposition zu sichern. Mit Hilfe neuer Gesetzesinitiativen wie dem „Critical Raw Materials Act“, strategischen Rohstoff-Partnerschaften und den neuen Energie- und Rohstoffkapiteln in Handelsabkommen soll der Zugriff von EU-Unternehmen auf Rohstoffe in Drittstaaten ausgeweitet werden. Die Industrieländer versuchen dabei weiterhin die sich politisch emanzipierenden Staaten des globalen Südens mit Hilfe von Handelsabkommen in einer neokolonialen Abhängigkeit zu halten und ihre emanzipatorische Entwicklung zu unterdrücken.

Vordergründig inszeniert sich die EU als Verteidigerin der Menschenrechte und der Umwelt, doch in den Verträgen fehlen durchsetzbare Vorschriften zum Schutz der Menschenrechte, Arbeitsrechte, der Umwelt und der Mitsprache von indigenen Gemeinschaften in den Produktions- und Lieferketten. Auch im Detail sind die Verträge oft sehr intransparent, zum Beispiel können sich Unternehmen bei Genehmigungsverfahren für neue Minen-Projekte über Umwelt-Gesetzgebung hinwegsetzen. Und der Aufbau eigener, weiterverarbeitender Industrien in rohstoffreichen Ländern wird behindert.

Der Kampf um Ressourcen ist mittlerweile die zweithäufigste Konfliktursache<sup>1</sup>. Die Interessen der verschiedenen konkurrierenden Akteure werden oft mit Waffengewalt durchgesetzt. Viele Staaten haben insbesondere seit dem Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine ihre Rüstungsausgaben erhöht. Die Aufrüstungspläne reichen bis in die Mitte dieses Jahrhunderts, wobei die Staaten langfristig militärische Konflikte antizipieren. Die USA verfügt laut dem „Global Firepower Index“ über die schlagkräftigste Armee der Welt<sup>2</sup>. China und die EU-Staaten rüsten in schwindelerregendem Maße auf. Dadurch gewinnt die Rüstungsindustrie in der EU an Einfluss u.a. mit Hilfe verschiedener Unternehmensverbände wie dem ASD (Aerospace, Security and Defence).

Die Rüstungsindustrie hat bereits neue Gesetzgebungen wie den Critical Raw Materials Act gekapert, um sich Zugang zu „strategischen Rohstoffen“ zu sichern. So hat der EU-Kommissar Thierry Breton 2021 eine Experten-Gruppe der Kommission zu Verteidigungsfragen aufgesetzt, die sich aus 20 Vertreter:innen großer Rüstungsunternehmen zusammensetzt und ihnen die Möglichkeit gibt, sich laufend zu wichtigen EU-Politiken zu äußern<sup>3</sup>. Nun sollen EU-Fördermittel für die Rüstung bereitgestellt werden.

### **Kriegsprofiteure und gesellschaftliche Folgen von Kriegen**

Kriege sind Ausdruck von machtpolitischen, ideologischen und ökonomischen Interessenskonflikten. Dahinter lagern jedoch auch bestimmte psychosoziale Funktionen. In Kriegen werden narzisstische Bedürfnisse und Defizite von Machtgruppen kompensiert. Innere Konflikte, Identitätskrisen, Depressionen, Sinnlosigkeitsgefühle breiter Bevölkerungsgruppen werden nach außen verlagert. Kriege werden von der herrschenden politischen Klasse initiiert, treffen aber alle anderen gesellschaftli-

chen Schichten.

Kriege finden immer im Kontinuum von patriarchalen Gewaltverhältnissen statt und verstärken Gewalt gegen FLINTA<sup>4</sup> an allen Sphären der kriegsführenden Gesellschaften. Die Unterteilung in „wir“ und „ihr“ führt zur Polarisierung sowohl nach außen als auch nach innen.

Kriege haben immer mehrere Dimensionen: den politischen (Vor-)Krieg, den Informationskrieg („Propaganda der Kriegsparteien“), oft auch eine ethnisch-kulturelle Auseinandersetzung, den Wirtschaftskrieg, den eigentlich militärischen Kampf und die langjährigen Kriegsfolgen. Bei den Kriegsfolgen sind neben dem menschlichen Leid und der Zerstörung von Sachgütern und der Umwelt vor allem die Verfestigung der Kriegs- und Gewaltkultur sowie die Traumata zu nennen, die die Kriegs- und Nachkriegsgenerationen jahrzehntelang begleiten bzw. prägen.

In allen Gewaltkonflikten gibt es auch Profiteure, denen Kriege nützen und die oftmals privilegierten Zugang zu politischen Entscheidungsträger\*innen besitzen – sei es auf nationaler oder internationaler Ebene<sup>5</sup>.

Zu den sogenannten Kriegsgewinnlern zählen die Rüstungsfirmen und Spekulanten, die Kriege anheizen. Das Militär wächst weltweit und damit werden nicht nur wertvolle Ressourcen in zerstörerischen Waffen verschwendet, sondern auch das Klima und die Umwelt mehr und mehr belastet. Bereits heute ist das Militär – betrachtet man den weltweiten Militärapparat wie ein Land – der viertgrößte CO<sub>2</sub>-Emitent<sup>6</sup>.

Aber auch andere Akteure wie Rohstoffkonzerne haben oft ein strategisches Interesse daran Konflikte zu schüren oder aufrecht zu erhalten. Sie fördern mit ihren Praktiken Korruption und politische Instabilität, um weiterhin billige Rohstoffe abbauen und handeln zu können – zum Beispiel während der Bürgerkriege in Sierra Leone und Liberia. Umkämpfte Energieressourcen sind oft ein relevanter Faktor in neueren Konflikten, einschließlich des Iran-Irak Krieges, des Golfkriegs sowie der Bürgerkriege in Afrika<sup>7</sup>.

Österreich ist ein bedeutender Waffenexporteur: In der Öffentlichkeit bekannt sind u.a. die berühmten Firmen Glock und General Dynamics European Land Systems (früher Steyr Daimler Puch). Laut der EU-Ratsgruppe zur Ausfuhr konventioneller Waffen (COARM) lieferten österreichische Unternehmen im Jahr 2021 Handfeuerwaffen und Maschinenwaffen sowie deren Zubehör und Bestandteile im Wert von über 300 Millionen Euro. Kein EU-Land exportierte mehr in dieser Kategorie<sup>8</sup>. Trotzdem ist die Zahl der Beschäftigten in der österreichischen Rüstungsindustrie überschaubar. Eine Konversion dieser Werke in zivile Produktionen ist wünschenswert – und realisierbar.

## Wege zum Frieden<sup>9</sup>

### Ökonomisch gerechte, demokratische Strukturen

Das Thema Frieden im umfassenden Sinn ist die Basis für alle Anliegen von Attac. Durch den Kampf für soziale Gerechtigkeit, Steuergerechtigkeit, gerechten Welthandel, Gendergerechtigkeit u.a.m. unterstreicht Attac bereits die Friedensagenda. Krieg, Militärgewalt und Armut sind aufs engste mit der gegenwärtigen Form der Globalisierung verbunden. Militärische Aufrüstung wird derzeit verwendet, um davon abzulenken, dass das Wohlstandsversprechen der europäischen Integration heute für die Mehrheit nicht mehr gilt. Wir wollen keine Aufrüstung und keine Kriegsunion, sondern eine Friedenspolitik, die bei den Ursachen von Krieg und Flucht ansetzt.

Sicherheit ist erst dann gegeben, wenn die Sicherheit des anderen gewährleistet ist. Sicherheit sollte heute weniger denn je militärisch gedacht werden, sondern muss vor allem sozial, kulturell, ökonomisch und politisch begriffen werden. Sicherheit ist letztlich eine Frage der Gerechtigkeit. Auch die weltweiten sozioökonomischen Ungleichheiten, die sich in den letzten Jahren wieder verschärft haben, bilden einen Nährboden für Gewalt.

Frieden bedeutet nicht nur die Abwesenheit von Krieg, sondern auch politische und soziale Sicherheit. Damit Konfliktparteien Frieden schließen können, braucht es Kommunikation und Vermittler sowie vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den Kriegsparteien. Auf gesellschaftlicher Ebene müssen Feindbilder abgebaut werden. Im Nachkrieg ist es erforderlich, dass Kriegsverbrechen gerichtlich verfolgt und Traumata sowohl der Opfer als auch der Akteure aufgearbeitet werden.

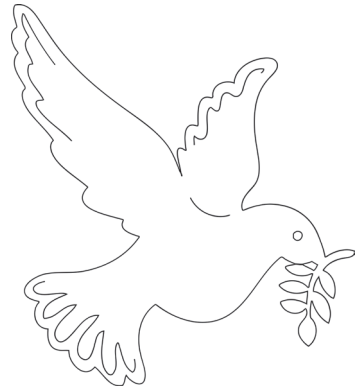
Daher setzt sich FriedensAttac für eine engagierte, friedensstiftende Rolle der österreichischen Politik in allen Kriegen und vor allem für vorbeugende Konfliktlösungen ein, auch innerhalb des Friedensprojektes EU. Wir fordern ein Zurück zur Vermittlerrolle Österreichs und den Ausbau einer engagierten Neutralität, das heißt den Einsatz für die Vermittlung und Weiterentwicklung von Abrüstungs- und Friedensgesprächen – kurz „Österreich als Brückenbauer“.

### **Starke internationale Institutionen, die Frieden schaffen**

Wir stehen allen Militärbündnissen grundsätzlich ablehnend gegenüber, weil sie per se eine Quelle der Gewalt darstellen. Wir sind überzeugt, dass es der Stärkung der moderierenden Vereinten Nationen und der für Konfliktbeilegung eingerichteten OSZE<sup>10</sup> bedarf, um Gewalt und Krieg zu vermeiden bzw. um für die aktuellen Kriege möglichst

rasch friedliche Lösungen zu finden. Als OSZE-Sitz muss Österreich die Dialogfähigkeit dieser für den Frieden in Europa eingerichteten Organisation wieder herstellen.

Leider wurden die Vereinten Nationen in den letzten Jahrzehnten nicht gestärkt und nicht neu strukturiert, um in die sich stets ändernde geopolitische Konstellation wirkungsvoll moderierend eingreifen zu können. Die Länder des Globalen Südens sind im UNO-Sicherheitsrat außen vor. Das muss verändert werden und die UNO mit wirksamen Instrumente für die Durchsetzung internationalen Rechts ausgestattet werden.



Die österreichische Regierung muss sich in Zusammenarbeit mit friedensstiftenden Ländern des globalen Südens für die Stärkung der UNO auf allen Ebenen einsetzen.

Wir verlangen einen starken Einsatz für die Abrüstung, insbesondere durch die Forderung nach einer Wiederbelebung der ruhig gestellten Abrüstungsverträge und internationalen Abrüstungsverhandlungen, die Neuverhandlung der aufgekündigten Abrüstungsverträge sowie die Stärkung und Erweiterung des Atomwaffenverbotsvertrages (TPNW).

### **Eine starke Friedensbewegung und umfassende Friedenskultur**

Friedensinitiativen und zivilgesellschaftliche Friedensbewegungen, aber auch die Kooperation mit anderen sozialen Bewegungen können der Förderung von Frieden zuträglich sein. Aufgrund der Zunahme patriarchaler Gewalt durch bewaffnete Konflikte hat die feministische Bewegung eine lange Tradition im Eintreten für Frieden und gegen Kriege. Die transdisziplinäre Friedensforschung muss verstärkt werden, um sie in der Friedensarbeit nutzen zu können. Voraussetzung dafür ist eine starke Demokratie und ein gefestigter Rechtsstaat in Österreich.

Als dezentrale, über alle Bundesländer verteilte Organisation, streben wir die Förderung von Friedensbildung und Friedensarbeit vor allem auch auf lokaler und regionaler Ebene an.

Zum Beispiel fordern wir die Einführung eines Unterrichts zur Friedensziehung und sozio-ökologischen Bildung mit internationalem Bezug. Wir möchten außerdem die Unterstützung von friedensfördernden Aktivitäten auf Gemeindeebene anregen – unter anderem auch durch Kooperation mit den Mayors for Peace<sup>11</sup> und religiösen oder Umweltorganisationen.



## Frieden schaffen ohne Waffen!

„Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“ (Willy Brandt).

Frieden ist ein Querschnittsthema, das allen politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Themen zugrunde liegt. FriedensAttac bekennt sich klar zu friedlichen Lösungen, setzt sich für Gewaltfreiheit, soziale und Gender-Gerechtigkeit und für die Stärkung aller gewaltfreien Instrumente zur Konfliktvermeidung ein und betrachtet globale Gerechtigkeit und demokratische Strukturen als Weg zum Frieden.

Frieden beginnt auch bei uns selbst, in unseren Beziehungen, in unseren Familien. Wie reden wir mit anderen, wie über sie? Hören wir dem Gegenüber zu? Bemühen wir uns um wertschätzenden Dialog, in dem unterschiedliche Standpunkte respektiert werden? Wie würden wir an seiner oder ihrer Stelle handeln? Es braucht oft Zeit, die eigenen Ansichten zu überdenken und zu versuchen, andere Meinungen zu verstehen, auch wenn sie nicht übernommen werden können.

Es werden immer wieder Fehler gemacht, nach deren Erkenntnis können wir den Dialog neu beginnen und einander „verzeihen“. Alle Menschen wollen Frieden und Gewaltfreiheit sowie in Recht und Würde leben. Die Basis dafür ist Gerechtigkeit und Solidarität, zum Beispiel mittels partizipativer Demokratie, einem Wirtschaftssystem, das die Grundbedürfnisse gerecht deckt, auch mit Hilfe eines emanzipatorischen Bedingungslosen Grundeinkommens, und dabei die künftigen Lebensbedingungen im Klimawandel global erträglich macht.



## Anmerkungen & Quellen

1 <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/76755/ressourcenkonflikte/>

2 <https://www.globalfirepower.com/countries-listing.php>

3 <https://corporateeurope.org/en/power-lobbies/2017/12/arms-industry-lobbying-and-militarisation-eu#Growing%20militarisation>

4 FLINTA: Frauen, Lesben, Inter-, Trans- und asexuelle Personen

5 <https://www.greenpeace.de/frieden/ruestungslobby-politik>

6 <https://at.scientists4future.org/2023/05/15/co2-stiefelabdruck-des-militars/>

7 <https://greenpeace.at/news/blog-fossile-brennstoffe-befeuern-kriege/>

8 <https://www.profil.at/oesterreich/glock-steyr-und-co-wie-oesterreichische-firmen-die-welt-mit-waffen-versorgen/402472088>

9 Frieden ist ein vielschichtiger Begriff. Im „ABC des Friedens“ haben die beiden Friedensforscher Werner Wintersteiner und Wilfried Graf ein Glossarium des Friedens zusammengestellt. [https://www.attac.at/fileadmin/user\\_upload/dateien/gruppen/inhaltsgruppen/friedensattac/ABC\\_des\\_Friedens\\_2023.pdf](https://www.attac.at/fileadmin/user_upload/dateien/gruppen/inhaltsgruppen/friedensattac/ABC_des_Friedens_2023.pdf)

10 Obwohl wir kritisch bemerken, dass in der OSZE seit der Gründung sehr un- ausgeglichene Machtverhältnisse herrschen.

11 Mayors for Peace (Bürgermeister\*innen für den Frieden) ist 1982 eine vom Bürgermeister in Hiroshima gegründete Organisation, die mit einem besonderen Beraterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) registriert ist. Mit Anfang 2024 gehörten ihr weltweit 8321 Gemeinden an, 125 davon aus Österreich. <https://abfang.org/friedenswege/mayors-for-peace/>



## Attac unterstützen & mitmachen

### Indem Sie

#### Mitglied werden oder spenden

Unser Engagement braucht Zeit – und auch Geld. Attac ist parteiunabhängig und finanziert sich über Spenden und Mitgliedsbeiträge. Jeder Beitrag zählt!

#### Mitglied werden:

[www.attac.at/mitgliedschaft](http://www.attac.at/mitgliedschaft)

**Spenden:** [www.attac.at/spenden](http://www.attac.at/spenden)

oder direkt auf unser Konto

IBAN: AT55 2011 1824 2489 1500

### Indem Sie sich

#### bei Attac in einer Gruppe engagieren

Die Arbeit von Attac basiert auf dem Engagement zahlreicher ehrenamtlicher Aktivistinnen und Aktivisten, die für eine gerechtere Welt aktiv sind. Informationen zu Attac-Gruppen und zum Mitmachen finden Sie unter [www.attac.at/gruppen](http://www.attac.at/gruppen)

### Indem Sie sich regelmäßig

#### über unseren Newsletter informieren und die Inhalte weiterkommunizieren.

Unseren Newsletter können Sie ganz einfach unter [www.attac.at/newsletter](http://www.attac.at/newsletter) abonnieren.

